

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Sie sind gemäß § 39 WaffG verpflichtet, der zuständigen Behörde die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Zur Prüfung Ihrer waffenrechtlichen Zuverlässigkeit und Eignung holt die Behörde eine unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister, eine Auskunft aus dem zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister, eine Stellungnahme der örtlichen Polizeidienststelle und die Auskunft der für den Wohnsitz zuständigen Verfassungsschutzbehörde ein.

Antrag auf Erteilung eines kleinen Waffenscheines nach § 10 Abs. 4 Satz 4 WaffG

Erlaubnis zum Führen von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen, die der zugelassenen Bauart nach § 8 des Beschussgesetzes entsprechen und das Zulassungszeichen nach Anlage 1 Abbildung 2 zur 1. WaffV oder ein durch Rechtsverordnung nach § 25 Nummer 1 WaffG bestimmtes Zeichen tragen

sogenannte -Waffen

Angaben zur Person

Name		Vorname(n)		ggf. frühere Namen		Staatsangehörigkeit	
Geburtsort		Geburtsort				Geburtsname der Mutter	
Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Nr.)							
weitere Wohnungen							
Wohnungen in den letzten 5 Jahren (Jahr, Gemeinde, Landkreis, Land)							
Personalien des/r Antragstellers/in nachgewiesen durch Reisepass/Personalausweis							
Nummer		ausgestellt von				am	
freiwillige Angaben: Telefon				E-mail			

Ich möchte folgende Waffe führen:

Art der Waffe	Kaliber	Hersteller	Typ, Modell	Herstellungsnummer

Ich bewahre die o.g. Waffe wie folgt auf: (bitte beschreiben Sie das Behältnis, in dem die Waffe verwahrt wird)

Angaben zur persönlichen Zuverlässigkeit und Eignung

- Ich bin** nicht vorbestraft.
- wegen folgender Straftaten rechtskräftig verurteilt (nur Verurteilungen, deren Rechtskraft nicht länger als 10 Jahre zurückliegt):
- _____
- _____
- _____
- innerhalb der letzten 10 Jahre nicht Mitglied in einem Verein gewesen, der unanfechtbar verboten wurde oder der einem unanfechtbaren Betätigungsverbot unterliegt
- innerhalb der letzten 10 Jahre nicht Mitglied in einer Partei gewesen, deren Verfassungswidrigkeit das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat.
- innerhalb der letzten 5 Jahre nicht Mitglied einer Vereinigung gewesen oder habe eine solche unterstützt oder eigenständige Bestrebungen verfolgt, die - gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind, - gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind oder - durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungsmaßnahmen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.
- innerhalb der letzten 5 Jahre nicht mehr als einmal wegen Gewalttätigkeit mit richterlicher Genehmigung in polizeilichem Präventivgewahrsam gewesen.
- Ich bin** nicht in meiner Geschäftsfähigkeit beschränkt oder geschäftsunfähig.
- nicht abhängig von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln.
- nicht psychisch krank oder debil.
- Ich leide** nicht an: – schwerer Sehschwäche, – Nachtblindheit, – Farbuntüchtigkeit, – Hirnverletzungen, – schwerer Herz-Kreislauf-erkrankung, – Diabetes, – Anfallsleiden, – Geisteskrankheiten, – Schwerhörigkeit oder Taubheit, – Lähmungen oder anderen schweren Erkrankungen.

Meine Angaben sind vollständig und entsprechen der Wahrheit

Ort	Datum	Unterschrift des Antragstellers
-----	-------	---------------------------------

Nachdruck, Nachahmung und kopieren verboten!
Zutreffendes ankreuzen oder in Druckschrift ausfüllen!
Bitte deutlich schreiben!

1. Anfragen an

1.1 Meldebehörde _____

1.2 BZR unbeschränkte Auskunft (§ 39 Abs. 1 S. 9 BZRG) _____

1.3 Polizeidienststelle _____

1.4 Staatsanwaltschaftl. Verfahrensregister _____

1.5 Verfassungsschutzbehörde _____

2. Wiedervorlage _____

kleiner
3.1 Waffenschein (WS) Nr. _____

4. Der Antrag wird abgelehnt (Bescheid mit Gründen und Rechtsmittelbelehrung gegen Zustellungsurkunde an die / den Antragsteller/in übersenden.)

– Nach Rechtskraft Mitteilung an BZR - Kennzahl 5313 –

ja

nein

5. Im Verzeichnis unter Nr. _____ eingetragen Erledigt am _____

6. Kartei angelegt/ergänzt Erledigt am _____

7. Kostenverfügung:

Block-/Blatt-Nr. _____ / _____	
Gebühr für (Abschnitt _____ WaffKostV _____)	EUR _____
Auslagen _____	EUR _____
Summe _____	EUR _____

8. WS übersandt/ ausgehändigt

am _____

Unterschrift

9. Zum Akt

Ort _____

Datum _____

**Landratsamt/ Stadt
Kreisverwaltungsbehörde**

Unterschrift

Nachdruck, Nachahmung und kopieren verboten!

Zutreffendes ankreuzen oder in Druckschrift ausfüllen!
Bitte deutlich schreiben!